

Wirtschaftspolitische Informationen 9/2008



ver.di Bundesvorstand Berlin -
Bereich Wirtschaftspolitik – November 2008
www.wipo.verdi.de

Schutzschirm für Arbeitsplätze?

Maßnahmenpaket der Regierung „Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung“

| | |
|--|---|
| Generelle Bewertung..... | 2 |
| Die Maßnahmen und ihre Bewertung | 3 |
| Zusätzliche Finanzierungshilfen der KfW | 4 |
| Abschreibungserleichterungen | 4 |
| CO ₂ -Gebäudesanierung | 4 |
| Kommunale Infrastruktur | 5 |
| Verkehr..... | 5 |
| Gemeinschaftsaufgabe regionale Wirtschaftsstruktur | 5 |
| Handwerk | 6 |
| KFZ-Steuer..... | 6 |
| Schutz der Autoindustrie vor verschärften Emissionsanforderungen | 6 |
| Finanzierungshilfen für die Autoindustrie..... | 6 |
| Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen | 7 |

Generelle Bewertung

Die Bundesregierung hat die Notwendigkeit erkannt, mit konjunkturstabilisierenden Maßnahmen gegen den Abschwung und die drohende Wirtschaftskrise vorzugehen. Das Ziel eines Bundeshaushalts ohne Neuverschuldung im Jahr 2011 wurde zurückgestellt, soll aber schnellstmöglich nachgeholt werden.

Die von der Bundesregierung am 5. November 2008 beschlossenen Maßnahmen sind jedoch völlig unzureichend und setzen falsche Schwerpunkte.

Die Bundesregierung verweigert sich weiterhin der Notwendigkeit, massiv die Nachfrage zu stärken, um der Krise entgegenzuwirken.

Die Bundesregierung geht davon aus, mit ihren Maßnahmen in den Jahren 2009 und 2010 Investitionen und Aufträge in einer Größenordnung von 50 Milliarden Euro zu fördern. Dies soll eine erhebliche finanzielle Dimension und damit Wirksamkeit des Programms signalisieren. Das tatsächliche Finanzvolumen, das zur Konjunkturstabilisierung eingesetzt wird, ist allerdings wesentlich geringer.

Die am 5. November 2008 beschlossenen Maßnahmen haben nach Aussagen der Bundesregierung ein Volumen von insgesamt knapp 12 Milliarden Euro in den Jahren 2009 und 2010, vier Milliarden Euro im Jahr 2009 und 7,7 Milliarden Euro in 2010. Angesichts einer gesamtwirtschaftlichen Leistung Deutschlands von jährlich etwa 2.500 Milliarden Euro sind das kaum mehr als 0,2 (!) Prozent des Bruttoinlandsproduktes und damit erheblich zu wenig, um größere Wirkung zu erzielen.

Zudem setzt das Maßnahmenpaket überwiegend auf Zins- und Steuervergünstigungen, statt darauf, unmittelbar die öffentliche Nachfrage und die Nachfrage privater Haushalte zu stärken. Ein großer Teil der Maßnahmen soll angebotsseitig die Finanzierungsbedingungen der Unternehmen verbessern. Indirekte Förderungen setzen aber immer die Bereitschaft zur Annahme der Fördermittel voraus. Diese Bereitschaft sinkt aber in einem Umfeld unsicherer wirtschaftlicher Verhältnisse. Zins- und Steuervergünstigungen haben zudem meist ungünstige Verteilungswirkungen, indem sie ohnehin finanzkräftige Investoren oder Haushalte zusätzlich fördern.

ver.di fordert demgegenüber, dass der Staat selbst in weitaus größerem Volumen Mittel einsetzt, die direkt in öffentliche Investitionen und Beschäftigungsprogramme fließen. Die Stützung der Kaufkraft privater Haushalte muss auf Bevölkerungsgruppen konzentriert werden, die besonders hohen Bedarf haben und das Geld auch

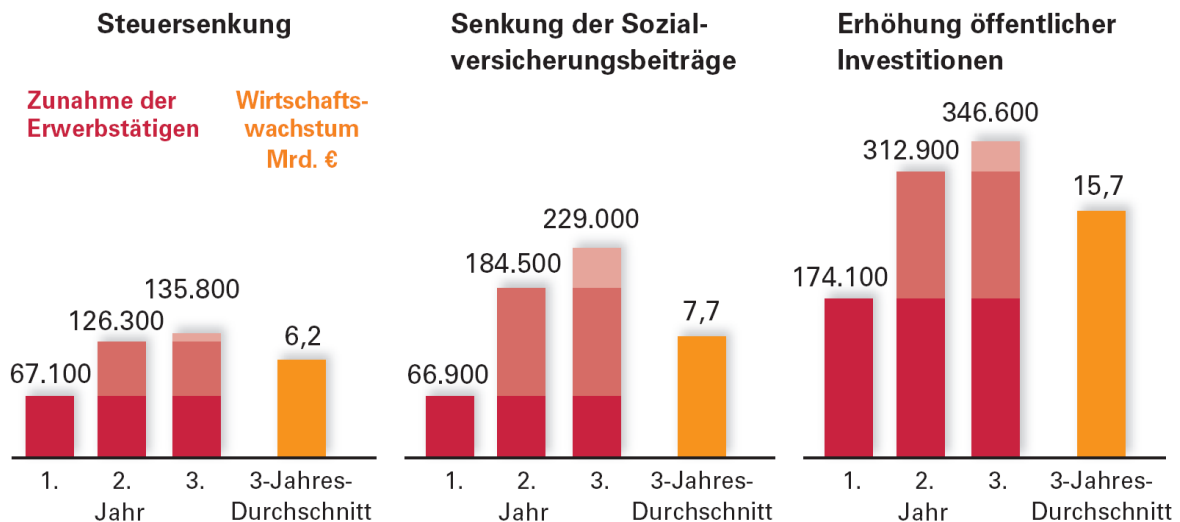
tatsächlich ausgeben und nicht nur mitnehmen werden. Die größten und am meisten zielgerichteten Wachstums- und Beschäftigungswirkungen haben öffentliche Investitionen und Personalausgaben.

Öffentliche Investitionen und Personalausgaben haben den größten Wachstums- und Beschäftigungseffekt. Die spielen in dem „Konjunkturprogramm“ der Bundesregierung aber kaum eine Rolle.

ver.di fordert deshalb kurzfristig ein kräftiges Konjunkturprogramm. Noch innerhalb des nächsten halben Jahres sollen mindestens 10 Milliarden Euro und dann 40 Milliarden Euro jährlich für ein Zukunftsinvestitionsprogramm in Bildung, Sozialstaat und ökologischen Umbau ausgegeben werden. Außerdem muss jetzt endlich der gesetzliche Mindestlohn kommen, die Löhne müssen weiter steigen und das Arbeitslosengeld II muss deutlich erhöht werden. Wir müssen die Kaufkraft der breiten Schichten der Bevölkerung stärken und so Konjunktur und Beschäftigung stützen, gerade auch in den Dienstleistungsbranchen.

Mehr Jobs durch Ausbau der Infrastruktur

Über einen Zeitraum von drei Jahren würden sich auswirken* ...



*bei staatlichen Ausgaben in Höhe von jeweils 15 Mrd. Euro jährlich; Quelle: Heilemann u.a. 2008 | © Hans-Böckler-Stiftung 2008

Die Maßnahmen und ihre Bewertung

Zusätzliche Finanzierungshilfen der KfW

Die staatliche KfW-Bankengruppe soll die Kreditversorgung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes sichern. Dazu wird – bis Ende 2009 befristet – ein zusätzliches Finanzierungsinstrument von bis zu 15 Milliarden Euro geschaffen. Bei den Krediten sind auch Haftungsübernahmen durch die KfW von bis zu 80 Prozent vorgesehen. Außerdem soll die KfW ihre Angebote zur Innovationsförderung und für Beteiligungskapital ausweiten.

Bewertung: Die Maßnahmen fördern überwiegend die Finanzierung bereits geplanter und wegen erschwerter Kreditbedingungen verteuert oder in Frage gestellter Investitionen. Im Grundsatz ist das nicht verkehrt. Jedoch wundert, dass dieses Problem nicht bereits durch das 500 Milliarden-Rettungsprogramm für die Banken gelöst wurde. Dies hängt damit zusammen, dass der Banken-Rettungsschirm nur auf Freiwilligkeit setzt. So halten sich viel zu viele Banken mit einer notwendigen Verbesserung ihrer Eigenkapitalbasis zurück und üben sich lieber in restriktiver Kreditvergabe an die Unternehmer der Realwirtschaft.

Abschreibungserleichterungen

Für Firmen soll es bei Neuanschaffungen wieder mehr Steuererleichterungen geben. Zum Januar 2009 soll – befristet für zwei Jahre – die degressive Abschreibung für bewegliche Wirtschaftsgüter von 25 Prozent wieder eingeführt werden. Sie war als ein Beitrag zur teilweisen Gegenfinanzierung der Unternehmenssteuersenkung 2008 erst kürzlich abgeschafft worden. Zusätzlich sollen Sonderabschreibungen für kleinere und mittlere Unternehmen erweitert werden.

Bewertung: Auch hier geht es lediglich um Investitionsanreize. Diese werden aber nicht zu Mehrinvestitionen führen, wenn die Absatzmärkte der Unternehmen schrumpfen bzw. nicht ausgeweitet werden. Verteilungspolitisch betrachtet sind die Maßnahmen als Begünstigung von Unternehmensgewinnen abzulehnen. Dies insbesondere deshalb, da die Steuerbelastungen der Unternehmen ohnehin schon deutlich reduziert wurden. Besonders gilt dies für die Körperschaften, also vor allem Aktiengesellschaften und GmbHs.

CO₂-Gebäudesanierung

Die Mittel für das erstmals 2001 aufgelegte Programm sowie andere Maßnahmen für mehr Energieeffizienz sollen jedes Jahr um eine Milliarde Euro, also für drei Jahre

um insgesamt drei Milliarden Euro aufgestockt werden. Auch die energetische Sanierung öffentlicher Gebäude soll gefördert werden.

Bewertung: Diese Maßnahme ist ökonomisch und ökologisch sinnvoll. ver.di fordert aber eine jährliche Aufstockung um drei Milliarden Euro. Siehe hierzu die ver.di-Broschüre: *In unsere Zukunft investieren – für Arbeit, Bildung, Umwelt und ein besseres Leben*, (Zukunftsinvestitionsprogramm von ver.di), Seite 19.

Kommunale Infrastruktur

Die Infrastrukturprogramme der KfW-Bankengruppe für strukturschwache Kommunen sollen um drei Milliarden Euro aufgestockt werden. An die Länder wird appelliert, dafür Sorge zu tragen, dass auch finanzschwache Kommunen das Programm nutzen können.

Bewertung: Diese Aufstockung ist prinzipiell sinnvoll. Allerdings ist zugunsten der finanzschwachen Kommunen ein Appell an die Länder nicht hinreichend. Außerdem ist das Volumen zu gering dimensioniert.

Verkehr

Wichtige Verkehrsinvestitionen sollen beschleunigt umgesetzt und dazu 2009 und 2010 jeweils eine Milliarde Euro zusätzlich bereitgestellt werden.

Bewertung: Verkehrsinvestitionen haben grundsätzlich eine direkte struktur-, wachstums- und konjunkturfördernde Wirkung. Insoweit ist dies im Grundsatz zu begrüßen. Allerdings ist das Volumen auch hier viel zu gering, um merkliche Wirkungen zu erzielen. ver.di fordert jährlich sechs Milliarden Euro und eine Schwerpunktsetzung auf öffentliche Verkehrsmittel. Siehe hierzu die ver.di-Broschüre: *In unsere Zukunft investieren – für Arbeit, Bildung, Umwelt und ein besseres Leben*, (Zukunftsinvestitionsprogramm von ver.di), Seite 12 und 13.

Abzulehnen ist die Orientierung der Bundesregierung auf öffentlich-private Partnerschaften – die Infrastruktur gehört in öffentliches Eigentum!

Gemeinschaftsaufgabe regionale Wirtschaftsstruktur

Die Mittel sollen einmalig um insgesamt 200 Millionen Euro aufgestockt werden.

Bewertung: Die konjunkturpolitische Wirkung ist auch angesichts der niedrigen Höhe der zur Verfügung gestellten Mittel als geringfügig einzuschätzen.

Handwerk

Privathaushalte sollen zunächst für zwei Jahre doppelt so hohe Handwerkerrechnungen von der Steuer absetzen können wie bisher – 1.200 statt 600 Euro pro Jahr.

Bewertung: Ob durch eine verbesserte Absetzbarkeit von Handwerkerrechnungen eine florierende Nachfrage nach handwerklichen Dienstleistungen entsteht, ist sehr zweifelhaft. Stattdessen sind erhebliche Mitnahmeeffekte zu erwarten.

KFZ-Steuer

Alle Neuwagen-Käufer sollen ein Jahr lang von der Kfz-Steuer befreit werden. Für besonders schadstoffarme Wagen soll die Befreiung ein Jahr länger bis Ende 2010 gelten.

Bewertung: Es ist zu erwarten, dass vor allem diejenigen davon profitieren werden, die ohnehin vorhatten, sich einen Neuwagen anzuschaffen. Die Steuerbefreiung begünstigt zudem in ökologisch nicht sinnvoller Weise den Kauf solcher PKW besonders stark, auf die ansonsten eine besonders hohe Steuer angefallen wäre.

Schutz der Autoindustrie vor verschärften Emissionsanforderungen

Die Bundesregierung will in der EU darauf drängen, die Belastungen der Autoindustrie durch Verpflichtungen zur Emissionsreduzierung so gering wie möglich zu halten.

Bewertung: Dieses Vorhaben steht im Widerspruch zu ökologischen Anforderungen und den Klimaschutzzielen der Bundesregierung.

Finanzierungshilfen für die Autoindustrie

Die Europäische Investitionsbank (EIB) soll die „Finanzierungsziele für Forschungs-, Entwicklungs-, und Innovationskredite“ von 7,2 Milliarden (2007) auf 10 Milliarden Euro (2009) aufstocken. Auch wird angestrebt, das EIB-Kreditvolumen für kleine und mittlere Firmen anzuheben, um Auto-Zulieferer zu stützen. Erreicht werden soll zudem, Beschränkungen bei Krediten an Großunternehmen zeitweise zu lockern.

Bewertung: Es handelt sich um eine reine Subvention für die Autoindustrie, deren konjunktureller Nutzen nicht zu erkennen und die verteilungspolitisch mehr als fragwürdig ist.

Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen

Förderprogramme für ältere und gering qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollen ausgebaut werden, 1000 zusätzliche Arbeitsvermittlerinnen und -vermittler eingestellt und das Kurzarbeitergeld befristet für ein Jahr von 12 auf 18 Monate verlängert werden.

Bewertung: Die Maßnahmen können dazu beitragen, die Arbeitslosigkeit bestimmter Personengruppen zu mindern und den Unternehmen qualifizierte Beschäftigte zu erhalten. In nennenswertem Maße zusätzliche Beschäftigung wird damit aber nicht geschaffen.